

Die neue Europäische Kommission – Analyse des Ergebnisses und Zusammensetzung seit 1. November 2014

Dr. Gunther Hauser, ISS/LVAk

Einleitung

Aus den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014 ging die Europäische Volkspartei (EVP) als die stimmenstärkste Fraktion hervor, so stellt gemäß dem Vertrag von Lissabon der Kandidat der stimmstärksten Fraktion, Jean-Claude Juncker, den EU-Kommissionspräsidenten. Juncker wurde jedoch gegen enorme Widerstände, auch aus seiner eigenen Fraktion, von den Staats- und Regierungschefs zum neuen Kommissionspräsidenten benannt:¹ Juncker ist zwar ein christdemokratischer Politiker, „doch im Grunde seines Herzens, so räumen selbst Weggefährten ein, denkt er sozialdemokratisch.“² Offen gegenüber gewerkschaftlichen Ideen zeigte er sich meist, „seine liebste Regierungskonstellation war die Große Koalition.“³ Aus diesem Grund hatte Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel lange gezögert, bevor sie der Kandidatur von Juncker als EVP-Spitzenkandidat zustimmte.⁴

Gemäß EU-Recht nominieren die Staats- und Regierungschefs der Union den Kandidaten für den EU-Kommissionspräsidenten unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses, das Europäische Parlament stimmt dann anschließend über den Kandidaten ab. Der Kommissionspräsident hat die Aufgabe, seinen Kommissaren die programmatische Richtung für die nächsten Jahre vorzugeben, seine Stellvertreter zu ernennen und auch – im Notfall – Kommissare zu entlassen, wie z.B. im Jahr 2012 den damaligen Gesundheitskommissar aus Malta, John Dalli, der damals über eine Korruptionsaffäre gestolpert war. Die Europäische Kommission darf als einzige Institution der Union Gesetze vorschlagen (Initiativrecht) und auch im Detail ausformulieren: Ein Gesetzgebungsakt der Union „darf nur auf Vorschlag der Kommission erlassen werden.“ (Artikel 17 EU-Vertrag von Lissabon). Das Europäische Parlament und der jeweilige zuständige Ministerrat (Rat) stimmen in der Regel lediglich über das Grundgerüst ab. Die Amtszeit der Kommission beträgt wie jene des Europäischen Parlaments fünf Jahre.

Nicht nur gegen Juncker gab es im Sommer 2014 zum Teil erhebliche Einwände, sondern auch gegen manche vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten für die Europäische Kommission. Abgeordnete zum Europäischen Parlament hatten den früheren Justizminister Tibor Navracsics, zugleich Mitglied der Fidesz-Partei, für undemokratische Entwicklungen in Ungarn mitverantwortlich gemacht.⁵ Zuletzt wurde Navracsics jedoch vom Kulturausschuss als Kommissar für geeignet befunden, die Abgeordneten verlangten jedoch eine Änderung an seinem Ressort. So wurde eine Zustimmung des Parlaments möglich, in dem Juncker die ursprünglichen Kompetenzen von Navracsics verringerte und dem Ressort die Zuständigkeit für Bürgerrechte / Staatsbürgerschaft entzog. Zudem prüft auch die Europäische Kommission, ob das neue ungarische Bodengesetz, das am 1. Mai 2014 in Kraft getreten war und durch das

¹ Aus: Daniel Brössler, Juncker verspricht Europa neue Jobs, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 1.

² Nikolaus Blome, Horand Knaup, Peter Müller, Christian Reiermann, Christoph Schult, Luxemburger Langfinger, in: Der Spiegel 41/2014 vom 6.10.2014, S. 28 und 29, S. 28.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

⁵ Am 6. Oktober 2014 wurde Navracsics vom Kulturausschuss des Europäischen Parlaments für die Bestellung zum Kommissar für Kultur, Bildung und Jugendfragen erstmals abgelehnt (14 Gegen-, 12 Pro-Stimmen). Aus: Wolfgang Böhm, Wettbewerb und Anpassungsfähigkeit, in: Die Presse, 7.10.2014, S. 6.

jene umstrittenen Verfahren aufgenommen wurden, um ausländische Nießbrachnutzer aus dem Grundbuch zu streichen, EU-Normen entsprechen kann: „Ungarischer Boden in ungarischer Hand“, fordert die Regierung in Budapest.⁶ Dieses neue Bodengesetz hat vor allem zu Spannungen zwischen Österreich und Ungarn geführt, es werden 200.000 Hektar von rund 2000 österreichischen Bauern in Ungarn bewirtschaftet.⁷

Von der Liberalen Alenka Bratušek aus Slowenien abgesehen⁸ stellte sich folglich Juncker mit jenem Kommissionskandidatinnen- und -kandidatenteam zur Abstimmung, die er im Sommer 2014 vorgestellt hatte.⁹ Die letzten beiden Kommissionskandidaten hatten erst am 20. Oktober 2014 ihre Anhörung im Europäischen Parlament bestanden. Vier ehemalige Regierungschefs und 19 ehemalige Minister gehören zur neuen Kommission.¹⁰ In EU-Brüssel lässt sich nach den Wahlen zum Europäischen Parlament zudem ein Phänomen beobachten, das sich ebenso in vielen EU-Staaten widerspiegelt: die (Rechts-)Populisten legen zu, die politische Mitte rückt zusammen.

Ziele des neuen Kommissionspräsidenten

Jean-Claude Juncker hat sich ableitend von seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vom 22. Oktober 2014 zum Ziel gesetzt, bis Weihnachten 2014 ein Investitionsprogramm in Höhe von 300 Milliarden Euro zu präsentieren: „Das ist kein Versprechen, das ist eine Bestätigung“, betonte Juncker.¹¹ Dieses Investitionsprogramm liegt Juncker „sehr am Herzen“ und wird von ihm gemeinsam mit dem zuständigen Vizepräsidenten der Kommission, Jyrki Katainen aus Finnland, ausgearbeitet. Offen ließ Juncker jedoch bei seiner Rede, wie dieses Programm finanziert werden soll, bei der Finanzierung erwartet sich Juncker auch die Beteiligung Privater.¹² Laut Juncker könnte dafür auch Geld aus dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus ESM herangezogen werden, diese Idee hatte insbesondere seitens der CDU Widerstand provoziert, während die SPD Sympathien für diese Idee hegte.¹³ Zur Stabilisierung des Euro darf der Rettungsschirm ESM 500 Milliarden Euro an Hilfskrediten vergeben, davon sind zehn Prozent des Kreditrahmens für Hilfsprogramme an Spanien und Zypern vorgesehen. Als ungenutzte Gelder bleiben also noch 450 Milliarden Euro. Zumindest mit einem Teil davon, so Juncker, ließe sich die schwache Konjunktur in Europa anschieben. Das Staatsdefizit der EU-Mitgliedstaaten würde somit nicht ansteigen.¹⁴ Dieser Plan von Juncker wird von Werner Hoyer, dem Präsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB), und dem ESM-Chef Klaus Regling befürwortet. Merkel und Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble waren hingegen „alarmiert“.¹⁵ Der ESM soll dazu dienen, in Notsituationen „Gefährdungen der Stabilität der Eurozone insgesamt abzuwenden“, betonte Merkel in einer Regierungserklärung Ende 2011. Zu den

⁶ Enteignungswelle in Ungarn, in: Die Presse, 4.10.2014, S. 15.

⁷ Ebenda.

⁸ Bratušek wurde am 8. Oktober 2014 von den zuständigen Ausschüssen für Industrie und Umwelt mit großer Mehrheit (112 gegen 13 Stimmen) abgelehnt. Aus: Wolfgang Böhm / Michael Laczynski, Junckers erste Niederlage: „Nein“ gegen Bratušek, in: Die Presse, 9.10.2014, S. 6 und 7, hier S. 6.

⁹ Daniel Brössler, Im Takt mit dem Parlament, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 7.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Aus: Daniel Brössler, Juncker verspricht Europa neue Jobs, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 1.

¹² Ebenda.

¹³ Nikolaus Blome, Horand Knaup, Peter Müller, Christian Reiermann, Christoph Schult, Luxemburger Langfinger, in: Der Spiegel 41/2014 vom 6.10.2014, S. 28 und 29, S. 28.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ebenda.

„Notsituationen“ zählen folglich nicht der Bau italienischer Autobahnen oder spanischer Brücken als Konjunkturprogramme.¹⁶ Im Falle einer erneuten Krise soll der ESM Spekulanten abschrecken, so Schäuble: „Die Mittel des ESM sind dazu da, nicht eingesetzt zu werden“, das funktioniere wie mit den Nuklearwaffen während des Kalten Krieges. Würden die ESM-Milliarden zweckentfremdet werden, um Investitionskredite der EIB zu garantieren, „wäre die Verteidigungsfähigkeit der Rettungspolitik empfindlich geschwächt.“¹⁷ „Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes werden nicht geändert“, sicherte Juncker zu: „Aber zu denken, dass Haushaltskonsolidierung allein zu Wachstum führt, ist falsch.“¹⁸ Die EU müsse auch der sozialen Verantwortung nachkommen, folglich forderte Juncker ein „soziales Triple A“ für die EU in Anspielung auf Bewertungen von Rating-Agenturen.¹⁹ Ursprünglich beabsichtigte Juncker, erst Ende Januar 2015 sein Programm vorzustellen, jedoch habe die EU „im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit keine Zeit mehr zu verlieren“, begründete der Kommissionspräsident sein Vorhaben.²⁰ Für die neue Kommission stimmten in Straßburg 423 Abgeordnete, 209 Abgeordnete votierten dagegen und 67 Abgeordnete zum Europäischen Parlament enthielten sich der Stimme. Juncker kann sich in der Folge auf eine informelle Koalition aus EVP, S&D (Sozialdemokraten) und Liberale stützen. Der Präsident des Europäischen Parlaments und unterlegene Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, Martin Schulz, bezeichnete das Votum mehrheitlich für Juncker als „exzellentes Ergebnis“.²¹ Vor allem auf die Sozialdemokraten, im Europäischen Parlament die zweitstärkste Fraktion, ist der Christdemokrat Juncker angewiesen, wenn sein Bündnis mit dem Europäischen Parlament funktionieren soll.²² Für die Sozialdemokraten wiederholt Juncker überzeugt, dass Haushaltsdisziplin allein die EU-Staaten nicht aus der Krise führen werde: „Und ihnen soll gefallen, dass Juncker sein angekündigtes 300 Milliarden Euro schweres Investitionsprogramm nun nicht erst Ende Januar, sondern schon Weihnachten präsentieren will.“ Für den italienischen Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Gianni Pittella, sind derartige Ankündigungen „besonders wichtig“. In diesem Kontext betonte Pittella: „Sie brauchen uns, wir brauchen sie.“²³ Juncker stellte klar, dass das Europäische Parlament „die erste Bezugsinstanz“ für die neue Kommission sein werde, ein Scheitern der Kommission könne sich die EU gerade in diesen herausfordernden Zeiten nicht leisten: die EU sei entweder erfolgreich im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, um auch jungen Menschen Perspektiven zu vermitteln, „oder wir werden einen Fehlschlag erleben“, so Juncker.²⁴ Um die Koordination zwischen der Europäischen Kommission mit dem Europäischen Parlament zu vertiefen, wurde ein informelles fünfköpfiges Gremium ins Leben gerufen, das regelmäßig zusammentreffen soll. Mitglieder sind EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, sein Stellvertreter Frans Timmermans, EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD), der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber (CSU), sowie der Fraktionsvorsitzende der

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Daniel Brössler, Juncker verspricht Europa neue Jobs, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 1.

¹⁹ Ebenda

²⁰ Ebenda.

²¹ Daniel Brössler, Im Takt mit dem Parlament, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 7.

²² Ebenda.

²³ Ebenda.

²⁴ Daniel Brössler, Juncker verspricht Europa neue Jobs, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 1.

Sozialdemokraten (S&D), Gianni Pittella.²⁵ Die neue Kommission, die offiziell am 1. November 2014 ihre Arbeit begann, bezeichnete Juncker als „letzte Chance.“²⁶ Mit der neuen Kommission hatte an diesem Tag auch Herman Van Rompuy sein Amt als Präsident des Europäischen Rates an den ehemaligen polnischen Premierminister Donald Tusk übertragen.

Schlussfolgerungen

Kommissionspräsident ist seit 1. November 2014 Jean-Claude Juncker, ein ehemaliger Minister und Regierungschef von Luxemburg. Der Pragmatiker Juncker wurde als erster EU-weiter Spitzenkandidat und auch gegen den Willen einiger EU-Mitglieder als Kommissionspräsident ernannt, insgesamt wurde Juncker dreifach legitimiert:

- durch die Bürgerwahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014, bei der Juncker als Spitzenkandidat der EVP antrat;
- durch die Staats- und Regierungschefs, die ihn doch noch als Kommissionspräsidenten nominierten;
- durch das Europäische Parlament, das seine Kommission nach harten und zähen Evaluierungen bestätigte. Im Parlament wird Juncker zudem von einer großen Koalition aus S&D und EVP getragen, was ihn darüber hinaus gegenüber den Staats- und Regierungschefs stärkt.²⁷

Die neue Kommission ist „aufgrund dieser Voraussetzungen politischer aufgestellt [...] als ihre Vorgängerinnen – und dieser Prozess nahm Zeit in Anspruch.“²⁸ Die Kommission ist, wie Juncker stets zum Ausdruck gegeben hatte, eine „politische“ Kommission.²⁹ Genau dies sei auch der „ökumenische Wunsch“ im Europäischen Parlament gewesen, so Juncker.³⁰ Ein konservativer Kommissar aus Großbritannien ist für die Banken zuständig, ein Sozialist aus Frankreich ist beauftragt, die Staatshaushalte zu überwachen. Ein ehemaliger Ölmanager aus Spanien ist nun als Kommissar für das Klima zuständig. Der Journalist Stefan Ulrich meinte diesbezüglich: „Das Europaparlament hat eine Kommission abgesegnet, die voller Interessenskonflikte steckt. Ausgerechnet diese Mannschaft soll nun das Vertrauen der Menschen in die EU zurückgewinnen.“³¹ Juncker hat die Schlüsselposten mit Vertretern jener Länder Staaten besetzt, „die in den betroffenen Bereichen Auffälligkeiten aufweisen:

Während also Frankreichs ehemaliger Finanzminister Moscovici den Franzosen das Schuldenmachen abgewöhnen soll, wird der Niederländer Frans Timmermans, dessen Regierung Brüssel zur administrativen und legislativen Zurückhaltung ermahnt, mit der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips betraut – und die Zuständigkeit über Finanzmarkt und Bankenunion geht an einen Vertreter Großbritanniens, das weder der Eurozone angehört noch sich von Kommission und EZB hinsichtlich seines Finanzsektors dreinreden lassen will. Ob die Böcke, die von Juncker zu Gärtnern gemacht wurden, dieser Herausforderung gewachsen sind, muss abgewartet werden.“³²

²⁵ Michael Laczynski, Neue EU-Kommission: Wie die große Koalition in Brüssel Einzug hält, in: Die Presse, 18.10.2014, S. 4.

²⁶ Daniel Brössler, Juncker verspricht Europa neue Jobs, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 1.

²⁷ Stefan Ulrich, Wer, wenn nicht Juncker, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 4.

²⁸ So Michael Laczynski, Zeit einfacher Entscheidungen vorbei, in: Die Presse, 22.10.2014, S. 5.

²⁹ Daniel Brössler, Im Takt mit dem Parlament, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 7.

³⁰ Ebenda.

³¹ Stefan Ulrich, Wer, wenn nicht Juncker, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 4.

³² So Michael Laczynski, Zeit einfacher Entscheidungen vorbei, in: Die Presse, 22.10.2014, S. 5.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz von der S&D (SPD), hatte von einer „Veränderung der Beziehungsachsen“ gesprochen, soll heißen, dass ein aus demokratischen Wahlen hervorgegangener Kommissionspräsident mächtiger sein kann als alle seine Vorgänger, wenn sich in diesem Fall Juncker auf das Europäische Parlament stützt.³³ Juncker spricht in diesem Zusammenhang von einem „Vertrag“ mit dem Parlament³⁴ und hat betreffend „Beziehungsachsen“ innerhalb der Kommission bereits die Struktur der Europäischen Kommission verändert: durch die Schaffung eines mittleren Managements in Form von sieben Vizepräsidenten, die für Themenbereiche wie Energieunion oder Subsidiarität zuständig sind. So ist jeder Schwerpunkt aus dem Wahlprogramm von Juncker „im Organigramm der Behörde abgebildet“.³⁵ Der ehemalige niederländische Außenminister Frans Timmermans fungiert seit 1. November 2014 als „erster Vizepräsident“ und soll Juncker als rechte und „gelegentlich auch als linke Hand“ dienen. Mit seiner herausgehobenen Stellung soll der Sozialdemokrat Timmermans ausgleichen, dass die Sozialdemokraten mit nur acht Posten in der Europäischen Kommission deutlich unterrepräsentiert sind.³⁶ In der Praxis wird sich erst zeigen, ob die „einfachen“ Kommissare, die in Zukunft von den Vizepräsidenten beaufsichtigt werden, diese „neue Ordnung“ hinnehmen werden. In der Folge wird Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre Moscovici aus Frankreich vom Letten Valdis Dombrovskis kontrolliert, Frankreich kämpft derzeit mit chronischen Budgetdefiziten.³⁷ Die erste Herausforderung für die neue Kommission liegt in der Bewertung der französischen und italienischen Budgethaushaltsentwürfe für das Jahr 2015: Lehnt die Kommission die beiden Entwürfe ab, so sind Konflikte mit Paris und Rom realistisch. Italien, das im zweiten Halbjahr 2014 die EU-Präsidentschaft innehatte, drängt auf staatliche Konjunkturprogramme und wird dabei von Frankreich unterstützt.³⁸ Italien ist mit einer ausufernden Gesamtverschuldung konfrontiert, Frankreich mit einem exzessiven Fehlbetrag im Staatshaushalt. Mit etwa 130%/BIP nimmt Italien in der Eurozone den vorletzten Platz ein – der Schuldenstand ist lediglich in Griechenland noch höher. In Italien wächst die Wirtschaft langsamer als die Verschuldung, folglich steigt die Schuldenquote selbst dann an, wenn Italien sich unter der Drei-Prozent-Marke des Stabilitätspaktes befindet.³⁹

Auch die neue Kommission muss die EU-Verträge „hüten, die Regierungsgeschäfte führen und das Einigungswerk voranbringen – stets misstrauisch beäugt von 28 Mitgliedsländern, die sich als Herren der Verträge fühlen.“⁴⁰ Werner Schneyder, Kabarettist, meinte: „Europa besteht aus Staaten, die sich nicht vorschreiben lassen wollen, was sie selbst beschlossen haben.“⁴¹ Unter Junckers Vorgänger als Kommissionspräsidenten, José Manuel Barroso – er wurde einst von Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt,⁴² hatten sich 2009 die EU-Mitgliedstaaten auf den Vertrag von Lissabon geeinigt, zudem hielt die EU mit

³³ Daniel Brössler, Im Takt mit dem Parlament, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 7.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Michael Laczynski, Zeit einfacher Entscheidungen vorbei, in: Die Presse, 22.10.2014, S. 5.

³⁶ Daniel Brössler, Im Takt mit dem Parlament, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 7.

³⁷ Michael Laczynski, Zeit einfacher Entscheidungen vorbei, in: Die Presse, 22.10.2014, S. 5.

³⁸ Nikolaus Blome, Horand Knaup, Peter Müller, Christian Reiermann, Christoph Schult, Luxemburger Langfinger, in: Der Spiegel 41/2014 vom 6.10.2014, S. 28 und 29, S. 28

³⁹ Michael Laczynski, Brüssel und Rom auf Kollisionskurs, in: Die Presse, 16.10.2014, S. 8.

⁴⁰ So Stefan Ulrich, Wer, wenn nicht Juncker, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 4.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Javier Cáceres, Cerstin Gammelin, Neue Kommission, alte Probleme, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 7.

vereinten Kräften der Finanz- und Wirtschaftskrise stand – Krisenstaaten wie Griechenland und Spanien erholen sich jedoch äußerst langsam, Italien steckt in der Rezession, Frankreich könnte folgen und in Deutschland trübten sich die Konjunkturaussichten wieder ein.⁴³ Die EU hat sich unter Barroso weiters nach einiger Zeit und zögerlich auf gemeinsame Maßnahmen gegen die politische Führung Russlands unter Präsident Wladimir Putin geeinigt, die unter seiner Führung am 21. März 2014 die Krim völkerrechtswidrig annektiert hatte. Einzelne Regierungen wie in Ungarn zeigen Verständnis für das Verhalten Russlands, die Kommission muss hier stärker die Einhaltung und Umsetzung europäischer Werte einfordern. Großbritannien gilt es, in der EU zu halten, ohne jedoch faule Kompromisse einzugehen, etwa beim Thema Freizügigkeit. Aufgrund der Krise mit Russland müsste die Europäische Kommission weitaus stärker als zuvor die energiepolitische Unabhängigkeit der EU forcieren und eine „Europäische Energieunion“ vorantreiben.

Die EU ist und wird kein Nationalstaat, daher ist die Bindungswirkung der Union relativ mäßig. Die EU ist daher aufgerufen, umso näher am Bürger zu sein, die Menschen zu überzeugen, dass ein vereintes Europa notwendig ist, um künftigen Herausforderungen wirksam entgegenzutreten zu können. Dies gelingt jedoch äußerst bescheiden, EU-Gegner und –Skeptiker sind derzeit im Aufwind: die AfD in Deutschland, der Front National in Frankreich, die UKIP in Großbritannien und auch die FPÖ in Österreich. Die neue Kommission muss sich diesen Tendenzen entgegensetzen, gemäß dem Diktum des ehemaligen deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher: „Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine.“⁴⁴ In diesem Kontext setzt Juncker auf Teamarbeit, denn, so Juncker, „für eine Laufbahn als Diktator sei es zu spät.“⁴⁵

Die Mitglieder der Europäischen Kommission (mit Wirksamkeit 1. November 2014) in alphabetischer Reihenfolge und deren Zuständigkeiten:

Vytenis ANDRIUKAITIS (Litauen): Gesundheit, Lebensmittelsicherheit

Andrus ANSIP (Estland): Vizepräsident, Digitales

Dimitris AVRAMOPOULOS (Griechenland): Migration, Inneres, Bürgerrechte / Staatsbürgerschaft

Elzbieta BIENKOWSKA (Polen): Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum, Mittelstand, Raumfahrt

Violeta BULC (Slowenien): Transport

Miguel Arias CAÑETE (Spanien): Klimaschutz, Energie

Corina CRETU (Rumänien): Regionalpolitik

Valdis DOMBROVSKIS (Lettland): Vizepräsident, Euro, Sozialer Dialog

Kristalina GEORGIEWA (Bulgarien): Vizepräsidentin, Haushalt

Johannes HAHN (Österreich): Nachbarschaftspolitik, Erweiterungsverhandlungen

Jonathan HILL (Großbritannien): Finanzstabilität, Finanzdienste, Kapitalmarkt

Phil HOGAN (Irland): Landwirtschaft

Vera JOUROVA (Tschechien): Justiz, Verbraucherschutz, Geschlechtergerechtigkeit

Jean-Claude JUNCKER (Luxemburg): Kommissionspräsident

Jyrki KATAINEN (Finnland): Vizepräsident, Arbeit, Wachstum, Investitionen

Cecilia MALMSTRÖM (Schweden): Handel – führt Verhandlungen mit USA über TTIP

Carlos MOEDAS (Portugal): Forschung, Wissenschaft, Innovation

⁴³ Nikolaus Blome, Horand Knaup, Peter Müller, Christian Reiermann, Christoph Schult, Luxemburger Langfinger, in: Der Spiegel 41/2014 vom 6.10.2014, S. 28 und 29, S. 28.

⁴⁴ Stefan Ulrich, Wer, wenn nicht Juncker, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 4.

⁴⁵ Daniel Brössler, Im Takt mit dem Parlament, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2014, S. 7.

Neven MIMICA (Kroatien): Internationale Zusammenarbeit, Entwicklung
Federica MOGHERINI (Italien): EU-Außenbeauftragte
Pierre MOSCOVICI (Frankreich): Wirtschaft, Finanzen, Steuern
Tibor NAVRACSICS (Ungarn): Bildung, Kultur, Jugend und Sport
Günther OETTINGER (Deutschland): Digitale Wirtschaft, Gesellschaft
Maroš ŠEFČOVIČ (Slowakei): Vizepräsident, Energieunion
Christos STYLIANIDES (Zypern): humanitäre Hilfe, Krisenmanagement
Marianne THYSSEN (Belgien): Beschäftigung, Soziales, Mobilität
Frans TIMMERMANS (Niederlande): 1. Vizepräsident, Bessere Regulierung
Karmenu VELLA (Malta): Umwelt, Fischerei
Margarethe VESTAGER (Dänemark): Wettbewerb

Dr. Gunther Hauser ist Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie